

# Keine halben Sachen.



## BEI Halbe Halbe

**Die Themen Frauen- und Gleichstellungspolitik begleiten uns schon lange. Vieles wurde erreicht – nicht zuletzt Dank des Einsatzes engagierter und unermüdlicher SozialdemokratInnen. Aber: Es reicht noch lange nicht und es gibt keinen Grund, sich zufrieden zurückzulehnen.**

Es ist nach wie vor nötig, Politik für Frauen (und Männer und ihre Kinder) zu machen, die die Rahmenbedingungen für echte Halbe-halbe schaffen. Damit klassische Rollenbilder endlich einmal abmontiert werden (können).

### **Papamonat – gut für alle!**

Beispiel »Papamonat«. Dieser muss ein Rechtsanspruch für junge Väter werden. Das heißt, sie haben das Recht, nach der Geburt ihres Kindes während der Schutzfrist der Mutter zu Hause zu bleiben – und zwar, wie die Mütter auch, bei voller Entgeltfortzahlung. Und für uns selbstverständlich: Das soll auch für Regenbogenfamilien gelten. Warum? Weil uns (und unseren Unternehmen sicher auch) Familie etwas wert ist. Wenn –

großzügig geschätzt – 50 Prozent der Väter diesen Rechtsanspruch auf einen Papamonat bei vollem Lohnausgleich in An-

spruch nehmen würden, würde das 100 Millionen Euro pro Jahr kosten. Für Klein- und Mittelunternehmen ersetzt der Familienlastenausgleichsfonds die Kosten der Entgeltfortzahlung. Danach soll beiden Elternteilen der »Elternteilzeitbonus« zur Verfügung stehen. Das be-

deutet, dass Eltern einige Zeit finanziell unterstützt werden, wenn sie gleichzeitig die Berufstätigkeit zu Gunsten der Betreuung eines Kindes auf 28 bis 32 Wochenstunden gleichberechtigt reduzieren. Ein Teil des Gehaltes wird aus arbeitsmarktpolitischen Mitteln ausgeglichen. Wenn 1000 Paare (2000 Personen) diesen Bonus in Anspruch nehmen, kostet das ca. 5 Millionen Euro.

**Im Jahr 2016 gab es 121.000 Ein-Eltern-Haushalte mit 159.000 Kindern. Rund ein Drittel dieser Kinder war armutsgefährdet.**

### **Schande Kinderarmut**

Wir leben ja bekanntlich in einem der reichsten Länder der Welt. Was dabei gerne übersehen wird: Auch bei uns in Österreich gibt es (noch) Kinderarmut! Im Jahr 2016 gab es 121.000 Ein-Eltern-Haushalte mit insgesamt 159.000 Kindern.

## DAHER DER PLAN

*Die Frauen können sich auf uns verlassen. Wir haben viel für die Frauen erreicht. Die SPÖ trägt Verantwortung und hat konkrete Ideen entwickelt. Stärken wir Frauen den Rücken, geben wir Alleinerzieherinnen und ihren Kindern genügend finanziellen Spielraum, verbessern wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und setzen wir klare Zeichen gegen Gewalt.*



Rund ein Drittel dieser Kinder war armutsgefährdet.

### Wie das geht?

Ein zentrales Armutrisiko für Alleinerziehende und deren Kinder sind unzuverlässige oder unzureichende Unterhaltszahlungen. Um die Lücken im österreichischen Unterhaltsrecht zu schließen, werden wir eine Unterhaltsgarantie für Kinder einführen, die sich im Familienbeihilfesystem wiederfindet. Damit sollen Kinder, die keinen oder einen sehr geringen Unterhalt bzw. Unterhaltsvorschuss beziehen, abgesichert werden. Die voraussichtlichen Kosten dafür werden rund 54 Millionen Euro betragen.

### Notstandshilfe zugänglicher machen

Viele Frauen (mehr als 80 %) bekommen keine Notstandshilfe, weil das Einkommen ihres Partners zu hoch ist. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Anrechnung des Partnereinkommens auf die Notstandshilfe abgeschafft wird. Das betrifft – aufgrund des bestehenden Lohnunterschieds von Frauen und Männern – natürlich vor-

wiegend Frauen und kommt auch diesen besonders zugute. Rund 16.000 Personen haben insgesamt durch diese Anrechnung keinen Anspruch auf Notstandshilfe. Ein Wegfall würde unmittelbar mehr Gerechtigkeit schaffen. Denn Personen, die jahrelang in das System eingezahlt haben und beispielsweise wegen gesundheitlicher Probleme, veralteter Qualifikationen oder schlichtweg aufgrund des Alters keinen Arbeitsplatz finden, sollten eine Leistung,

### Mehr als 80 Prozent der Frauen bekommen keine Notstandshilfe, weil das Einkommen des Partners zu hoch ist.

die ihnen zusteht, auch bekommen. Nur so kann die Notstandshilfe ihren Zweck erfüllen: nämlich verhindern, dass Betroffene in die Armut abrutschen und dazu beitragen, ihre ohnehin sehr schwierige Situation etwas zu verbessern. Bei einer durchschnittlichen Höhe der Notstandshilfe von 670 Euro ist für diese Maßnahme

von Kosten von etwa 140 Millionen Euro jährlich auszugehen. Das können und müssen wir uns leisten.

### Gewaltschutz ausbauen

Österreich hat bei der Entwicklung von Gewaltschutzeinrichtungen immer eine internationale Vorreiterrolle eingenommen. Wir setzen uns nach wie vor für die finanzielle Absicherung und den Ausbau der Gewaltschutzeinrichtungen sowie der Mädchen- und Frauenberatungseinrichtungen ein. Der Mehrbedarf im Bereich Gewaltschutz dürfte bei 5 Millionen Euro liegen. Das ist aber nur eine Seite. Denn Gewaltschutz bedeutet nicht nur mehr Geld, sondern auch die Bekämpfung von neuen Formen der Gewalt gegen Frauen – wie Hass im Netz oder Cybermobbing. Neben Datenerhebungen, Bedarfsanalysen und Anlaufstellen für Betroffene muss vor allem die Gewaltprävention gestärkt werden.

Das Maßnahmenpaket gegen Hass im Netz muss daher rasch und zielgerichtet weitergeführt werden. Die Richtung stimmt – wir müssen den Weg nur gezielt & schnell weitergehen. ■